

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Preis: 10 Pf. pro Woche, 30 Pf. pro Monat, 3 Mark pro Vierteljahr, 10 Mark pro Jahr. Anzeigenpreis: Auf tragendem Tarif Nr. 37. Nachmittags-Beilage: 5 Pf. pro Woche, 15 Pf. pro Monat, 1 Mark pro Vierteljahr, 3 Mark pro Jahr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 117 — 93. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 23. Mai 1934

Göhendämmerung des Parlamentarismus.

Als kurz vor Pfingsten die französische Deputiertenkammer zusammentrat, gab es ein interessantes Zwischenstück: der Sozialistenführer Blum, der schon fast gewohnt war, im Parlament seinen Willen aufzuzwingen, hatte eine Interpellation über die allgemeine Politik der französischen Regierung eingebracht; plötzlich sah er sich aber gegenüber der Mehrheit von rund 400 Abgeordneten gegenüber, die eine Besprechung dieser Interpellation abgelehnt. Das war symptomatisch für die allgemeine Verschiebung der Stellung, die das Parlament gegenüber der Regierung Doumergue hat durchmachen müssen und die sich vielleicht am besten mit den Worten der Pariser Zeitung „Temps“ so ausdrücken läßt: „Nach einem Aufschwung des parlamentarischen Regimes regiert das Kabinett unter der Kontrolle des Parlaments mit der Unterstützung der Mehrheit; nach der Kontrolle und der Leitung der Heftigsten, und die Regierung sei nur darauf bedacht, durch Konzessionen an diese Heftigsten ihr schwankendes und wackeliges Leben zu verlängern. Wohin die letztgenannte Politik führe, habe man vor wenigen Monaten gesehen; man könne man im Parlament zum Besseren belehrt zu sein, vorausgesetzt, daß dies von Dauer ist!“

Wir haben in Deutschland die letzte Art von Parlamentarismus mehr als nur zur Genüge kennen müssen, dann aber ist es über einen kurzen Zeitraum gerade sehr erfolgreichen Versuch hinweg, sich in dieser Art eines solchen „Parlamentarismus“ zu versuchen, endlich in der Stunde schärfster innerer Zurüstung zur Befestigung des Parlamentarismus in Deutschland gekommen und zu seiner Erhebung durch die Besonnenheit des Führertums und der Verantwortung, — einer Verantwortung allerdings nicht nur vor einer an sich verantwortungslosen Mehrheit, sondern vor dem natürlich gegliederten Gesamtvolk. Das ist die Aufgabe des Parlamentarismus in der deutschen Gegenwart, — daran zweifelt in der Welt ebensovienig irgend jemand wie in Deutschland selbst!

In Lettland und jetzt auch in Bulgarien hat man, obwohl jenes Land auch eine Republik und ein Königreich ist, das Zwischenstadium des sogenannten „richtig aufgefassen“ Parlamentarismus überlassen, weil gar keine Zeit mehr dazu vorhanden war, das Experiment zu versuchen. Es ist übrigens ein Blick auf die Geschichte, daß in beiden Ländern gerade die Parteien es waren, die durch ihr Verhalten im Parlament dem Parlamentarismus in seiner ausgeprägten Form die Existenzmöglichkeit nahmen. Es ging ein wenig weiter auf diesem Wege, sollte der Staat nicht das Land, besonders Bulgarien nicht zusammenbrechen! Königin Boris hat es immer wieder versucht, die Parteien zusammenzubringen, das in Parlament eine gewisse Arbeitsmehrheit auf längere Sicht hinter sich zu bringen, — das aber war unmöglich. Krise folgte auf Krise, Krisen führten auf Kabinettssturz, bis schließlich nun Königin Boris den unheiligen Tempel dieses Parlamentarismus mit Hilfe der nationalen Kräfte seines Landes verlassen hat. Mit Hilfe der nationalen Kräfte seines Landes hat Königin Boris ein Kabinett zusammengebracht, das nicht den Parteien, sondern nur dem Lande gegenüber verantwortlich ist, bereits umfassende Maßnahmen getroffen hat, um Bulgarien der Wücherei des parlamentarischen Regimes zu entziehen und die Grundlagen auf tatsächlicher Grundlage aufzubauen. Natürlich hatte dieses Land nicht bloß unter den Folgen des verlorenen Krieges zu leiden, sondern nicht weniger stark unter den kommunistischen und sozialistischen Verwüstungen, die natürlich in dem verarmten Lande zu einem einmaligen starken Aufbruch führten, bis dann die kommunistischen und schließlich ein regelrechter kommunistischer Aufstand die Regierung und vor allem den König selbst zu einem energischen Einschreiten zwang. Natürlich hatten sich bei dieser Gelegenheit die Parteien oder vielmehr die Verbindungslänge zwischen den Parteien und dem Parlamentarismus nach dem Kampf der verschiedenen bulgarischen Regierungen gegen die Krise, von der dieser Agrarstaat besonders stark betroffen wurde, immer vergeblich gewendet, weil in Sofia, wie mit dem „Temps“ zu reden, die jeweilige Regierung im Parlament ein lautes Lärmenden ihr schwankendes und wackeliges Leben zu verlängern.“

Die „Duplizität der Ereignisse“ in Lettland und in Bulgarien bedeutet also für jene immer weniger wertvollen Konzepte des sogenannten parlamentarischen Regimes eine grimmig-deutliche Enttäuschung hinsichtlich der „Unerschütterlichkeit“ ihrer Theorie. Frankreich selbst ist ja das beste Beispiel für diese Entwicklung, — nur dort den Parteien noch nicht so recht zum Bewußtsein gekommen, nach welcher Richtung sich die eigentlichen Kräfte-

Deutschlands unantastbare Forderung.

„Aufrüstung oder Abrüstung.“

Die Römer Besprechungen von Ribbentrop. Über die Unterredung des Bevollmächtigten der Reichsregierung für Abrüstungsfragen mit dem italienischen Regierungschef Mussolini erfahren wir nach seiner Rückkehr:

Herr von Ribbentrop erklärte dem Duce, daß Deutschland seinerzeit den Geist der italienischen Abrüstungsdenkschrift vom Januar, die sich als erste auf den Boden der realen Tatsachen stellte, warm begrüßt habe.

Ribbentrop stellte nochmals die von der ganzen Welt anerkannte Ungemeinheit der deutschen Forderungen fest unter gleichzeitigem Hinweis, daß der Kanzler von vornherein nur gefordert habe, was Deutschland zu seiner Verteidigung benötige, und daß an diesen Forderungen niemals mehr zu rütteln sei.

Den grundsätzlichen Standpunkt der italienischen Regierung erläuterte am besten der vor kurzem in einer Berliner Zeitung erschienene Artikel Mussolinis „Abrüstung oder Aufrüstung?“, der sich durch die dem italienischen Regierungschef eigene Klarheit auszeichnet. Absolute Einigkeit herrsche darüber, wie dies bereits die amtliche italienische Mitteilung ausgedrückt habe, daß — die Worte Sir John Simons zu gebrauchen — irgendeine Abrüstungsabkommen, und sei es auch nur eine solche der Abrüstungsbeschränkung, besser sei als gar keine. Damit wäre der erste große Schritt zu einem völligen Umschwung der Dinge und zur Befriedung Europas gegeben.

Der angeführte Artikel Mussolinis enthält eine dringende Warnung an Frankreich, seine Halsstarrigkeit nicht zu weit zu treiben und zeigt die drohenden Gefahren, die für den Frieden Europas aus einem völligen Scheitern der Abrüstungskonferenz erwachsen müßten. Unter der Überschrift „Abrüstung oder Aufrüstung?“ führt Mussolini u. a. aus: „Zum letzten Male werde ich heute mit Abrüstungsfragen zu beschäftigen haben, mit der Abrüstungskonferenz und mit den Aussichten, die sich eröffnen.“

Diese Aussichten zwingen zu dem Erkenntnis, daß die Konferenz der Abrüstung beendet ist und eine Konferenz der Aufrüstung ihren Anfang nimmt.“

Gegenüber der Weigerung der Franzosen, den zweiten Teil des italienischen Memorandums, der

die Annahme der deutschen Forderungen empfiehlt, anzunehmen, weist Mussolini darauf hin, daß der Annahme dieser Forderungen bedeutsame Gegenforderungen, nämlich die Umwandlung der Reichswehr vom Berufsheer zum üblichen Söldnerheer, die Kontrolle auch über alle halbstaatlichen Formationen und die Rückkehr Deutschlands zum Völkerbund, gegenüberstünden. Im Falle eines Scheiterns der Abrüstungskonferenz würden die bewaffneten Nationen weiterkämpfen, und auch Deutschland werde daselbe tun. Niemand werde Deutschland daran hindern können, denn dazu gäbe es nur einen einzigen Weg:

den „Präventivkrieg.“

Frankreich wisse aber, daß es im Falle eines Präventivkrieges nicht auf jene Solidarität rechnen könne, die ihm im letzten Kriege geholfen habe, als der strategische Sieg an der Marne durch die Neutralitätserklärung Italiens ermöglicht worden sei. Wenn man den Gedanken an einen „Präventivkrieg“ fallen läßt und stat dessen

das Wettstreiten proklamiert, so wird in einem gegebenen Moment der Geschichte ein neuer Krieg ausbrechen müssen, der die Nationen Europas in zwei feindliche Lager spalten wird, die um

verschiebung in der Lenkung des Staates vollzogen hat. Wenn gerade dort die Verteidiger dieses parlamentarischen Mehrheitsgrundgesetzes darüber klagen, daß ihre Anhänger immer kleiner werden, so haben sie es doch selbst erlebt, daß einerseits ein Geschöpf aus ihrer Hand — Lettland —, andererseits wieder ein Opfer der Versäuler Vorortdiktate, nämlich Bulgarien, mit dem Parlamentarismus Schluss machte, um Staat und Volk vor den Parteien zu retten. Damit ist in allen vier Ländern, gegen die einst die alliierten Mächte der Entente angeblich zur Verteidigung der „Weltdemokratie“ zu Felde zogen, und die man in jenen Diktaten von 1919 zu parlamentarischen Demokratien im westlichen Sinne abgestempelt hatte, ist in Deutschland und bei allen seinen damaligen Verbündeten das aufgezwungene Gewand des parlamentarischen Regimes abgestreift worden. Italien, Polen und jetzt Lettland taten das gleiche, Jugoslawien auch. — Göhendämmerung des Parlamentarismus?

Tod und Leben kämpfen. Inzwischen wird das Ende des Völkerbundes die unvermeidliche Folge eines Mißlingens der Abrüstungskonferenz sein. Seine Politik, die offensichtlich Staatenblock verhindern will, wird ersetzt werden durch die Politik der Bündnisse, mit anderen Worten die Vorkriegspolitik — bis schließlich

Ihre Majestät die Kanone sprechen wird.

Vielleicht vermag England die letzte Karte auszuspielen, seine Macht und sein Prestige einsetzend.

Die Welt wartet seit Wochen darauf, fest zu machen, wo es sich nicht um das Ende von Kabinettskoalitionen handelt, sondern um das Leben von Millionen und das Schicksal Europas auf dem Spiel stehen.

Lieber „Rot“ statt „Braun“!

Doll-Konfuse aus Österreich.

Bisher siebzig Nationalsozialisten in Österreich festgenommen. Auf Anfrage teilen die maßgebenden Stellen mit, daß bisher siebzig Nationalsozialisten als Vergehung für die von den Behörden behauptete, aber durch keinerlei Tatsachen bewiesene nationalsozialistische Urheberschaft an den Eisenbahnanschlägen am Sonnabend festgenommen wurden. Unter den Verhafteten befinden sich der Gauleiter für Niederösterreich, Joseph Leopold, der ehemalige Gauinspektor von Wien, Gemeinderat Neumann, und die beiden Brüder des ehemaligen Gauleiters von Wien, Eduard und Richard Frauenfeld, ferner der Sektionsrat im Verkehrsministerium Jz und viele andere.

Die Enthaltung der Sozialdemokraten.

Zugleich mit der Verhaftung der Nationalsozialisten wurden sämtliche sozialdemokratischen Funktionäre mit Ausnahme des früheren Bürgermeisters Seib, des Landeshauptmannsstellvertreters von Niederösterreich Helmut und des Schutzbundführers General a. D. Körner auf freien Fuß gesetzt. Diese Enthaltungen sind besonders auffällig, da die verschiedenen sozialdemokratischen Parteigrößen nicht wegen des gleichen Deliktes in Haft saßen. Ein Teil von ihnen war wegen Mitwisserschaft an den Februarrevolten, ein anderer Teil wegen der Mitwisserschaft und der Geldgebarung bei der Arbeiterbank in Haft genommen worden. Es ist doch kaum anzunehmen, daß die Strafuntersuchungen wegen der verschiedenen Delikte zu der gleichen Zeit beendet waren.

Sowjetsterne im Wiener Wald.

Wie schon gemeldet, verdichten sich die Nachrichten, daß die Eisenbahnabotageakte von revolutionärer marxistischer Seite ausgingen. Darauf deutet auch der Umstand, daß die Marxisten für die Pfingstfeierlage auch andere große Aktionen vorbereitet hatten. So waren, wie jetzt berichtet wird, die Bäume an zahlreichen bekannteren Wegen im Ausflugsgebiet des Wiener Waldes mit roten Sowjetsternen bemalt, auf vielen Wegen sah man „Dreißigpfeilschilde“ und auf der Donau ließen sich Holzboote, die mit sozialdemokratischen Zeichen bemalt waren, den Strom hinabtreiben. Ihre Insassen schwenkten rote Fahnen und gaben Schüsse ab, um die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden auf sich zu lenken.

Kommunistischer Racheakt in Braunau.

In Braunau am Inn wurde durch Sprengungen erheblicher Sachschaden am städtischen Wasserversorgungsamt und an einem Transformator der städtischen Elektrizitätswerke angerichtet. Die Anschläge waren der Racheakt einiger Kommunisten, die von der Stadtgemeinde vor kurzer Zeit entlassen worden waren.

Frauenfeld gestrichelt.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der ehemalige nationalsozialistische Gauleiter von Wien, Frauenfeld, gestrichelt und für die österreichischen Behörden unauffindbar.

Papierboller und Hakenkreuzfahnen an Luftballon.

In Schärzing in Oberösterreich fand eine Kundgebung der „Vaterländischen Front“ statt, bei der der Landeshauptmann von Oberösterreich Dr. Gleißner sprach. Als der Landeshauptmann das Podium betrat, brachte über dem Stadtplatz ein Papierboller, der an einem großen Luftballon hing. Weiterhin entrollte sich eine sechs Meter lange Hakenkreuzfahne, die von fünf Luftballons getragen wurde. Einen weiteren Boller, der von drei Luftballons getragen wurde, lösten die Heimwehren ab. Voran er